



Trübe Aussichten: Die Krise auf den Milchmärkten gehört zu den großen Themen auf dem Bauerntag.

Foto: dpa

Märkte, Milch und Megaställe

Für die Landwirte sind es schwierige Zeiten. Die Preise für wichtige Produkte sind im Keller, Finanzpolster schmelzen. Zum Bauerntag steht die Branche von vielen Seiten unter Druck. Kann da die Politik helfen?

VON SASCHA MEYER

Hannover. Wenn die Mährescher bald wieder auf die Felder rollen, bekommen die Bauern es ganz akut zu spüren: ihr eingebautes Berufsrisiko. Wie gut die Ernte wird, hängt natürlich immer auch am Wetter. Und das war diesmal teils zu nass, in anderen Regionen ziemlich trocken. Entscheidend fürs Getreide und den Raps sind nun noch die nächsten zwei bis drei Wochen, wie der wiedergewählte Bauernpräsident Joachim Rukwied sagt. Neben den Unwägbarkeiten des Himmels machen der Branche aber gerade gleich mehrere Problemfelder zu schaffen. Die Landwirte befürchten das zweite Minusjahr bei den Einkommen in Folge.

Milchkrise: Ein Preisabsturz hat Tausende Bauern in Bedrängnis gebracht – es ist zu viel Milch auf dem Markt. Mindestens 35 Cent je Liter müssten es meist sein, um die Kosten zu decken. Drin waren zuletzt aber noch um die 25 Cent, teils weniger. Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) sieht

Landwirte, Molkereien und Handel am Zuge, die Mengen zu drosseln. Auch der Bauernverband lehnt äußere Eingriffe ab. „Wir brauchen keinen Staat oder Verband, der uns sagt, wie viel wir zu produzieren haben“, lautet die Ansage des Vorsitzenden des Fachausschusses Milch beim Deutschen Bauernverband, Udo Folgart, am Mittwoch beim Bauerntag in Hannover. Aus der Branche kommen aber auch Rufe nach Boni vom Staat für weniger produzierte Liter. Wenn Schmidt an diesem Donnerstag nach Hannover kommt, wollen die Bauern vor allem eines hören: konkrete Summen für die bisher nur vage in Aussicht gestellten Bundeshilfen von „100 Millionen Euro plus X“.

Weltmarkt-Effekte: Entscheidenden Einfluss auf die Erträge haben längst internationale Märkte. Da kommt es in den Dörfern an, wenn die Nachfrage in Asien schwächelt. Außer bei Milch schlägt das auch bei Schweinehalten ins Kontor. Die Getreidepreise sind ebenfalls unter das Vorjahresniveau gesackt, wie der Bauernverband registriert.

„Die gesamte Branche ist unter Druck“, sagt Rukwied. Daher sollten auch alle Betriebe neue Steuerentlastungsmöglichkeiten bekommen. Die Grünen sehen bedrohliche Preiskrisen dagegen als Schattenseite der Export-Orientierung. „Neue Märkte liegen nicht auf dem Weltmarkt“, warnt der Agrarexperte im Bundestag, Friedrich Ostendorf. Ziel müsse mehr regionale Wertschöpfung mit kleinen und mittleren Höfen sein.

Politische Krisen: Die internationalen Absatzmärkte strahlen nicht nur mit Nachfrageschwankungen auf die Bauern aus. Verschärfend kommen politische Barrieren hinzu. Seit zwei Jahren blockt Russland Agrarimporte als Antwort auf EU-Sanktionen wegen der Ukraine-Krise ab, Entspannung nicht in Sicht. Dadurch bleiben mehr Produkte im EU-Markt und verwässern die Preise. Neue Unruhe löst nun noch das Votum für einen EU-Ausstieg Großbritanniens aus. Lange Trennungsvorhandlungen könnten den Agrarhandel erschweren. Und was wird aus der wichtigen EU-Finanzie-

rung für die Bauern, wenn London als großer Nettozahler wegfällt? Ein erster Effekt ist schon das abgerutschte britische Pfund: Das verringert die Kaufkraft für Agrarimporte aus der EU und macht im Gegenzug britische Lebensmittelexporte in die EU billiger.

Tier- und Umweltschutz: Unter Druck steht die Branche auch auf anderen politischen Feldern. Zum Bauerntag kocht die Debatte über Umweltfolgen und Tierhaltung wieder hoch. Das weit verbreitete Unkrautgift Glyphosat ist mit dem Gezerre um die nun doch verlängerte EU-Zulassung zu zweifelhafter Bekanntheit gekommen. Supermarktkunden interessieren sich zusehends dafür, wie Tiere im Stall leben. „Ich sage ganz selbstbewusst: Wir haben höchste Standards, wenn ich das weltweit vergleiche“, betont Rukwied. Megaställe mit tausenden Schweinen oder Hühnern bleiben für Kritiker aber der falsche Weg, wie auch Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter deutlich macht: „Wir wollen die Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren abschaffen.“

In politischer Mission: Bauernpräsident Joachim Rukwied im Amt bestätigt

Wenn Joachim Rukwied über seinen Berufsstand spricht, redet er gern von „unseren Bauernfamilien“. Und für die will er als Präsident des Deutschen Bauernverbands auch in den kommenden vier Jahren an diversen Fronten kämpfen. Beim Bauerntag in Hannover wurde der 54-jährige am Mittwoch mit 88,76 Prozent bestätigt – etwas weniger als bei seiner ersten Wahl 2012 mit 95,4 Prozent. Damals war er zum Nachfolger des langjährigen Amtsin-

habers Gerd Sonnleitner gekürt worden. Landesbauernpräsident in seiner Heimat Baden-Württemberg ist Rukwied bereits seit 2006.

Als oberster Landwirt der Republik ist der verheiratete Vater dreier Kinder bis auf weiteres zum Vollzeitpolitiker geworden. Rukwied steht zur Marktorientierung und zum umstrittenen Exportkurs der Branche – und ficht für diese Linie gerne mit klarer Kante.

Und dann ist da natürlich noch sein Hof in Eberstadt bei Heilbronn, den er nach dem Fachhochschuldiplom 1994 von seinen Eltern übernahm. Auf 290 Hektar baut er Rot- und Weißkohl, Getreide, Mais, Raps und Zuckerrüben an, auch Wein gehört dazu. Zur praktischen Arbeit kommt er aber nur noch an Wochenenden.

